

Beschlussempfehlung mit Stellungnahmen zum Entwurf eines Gesetzes zur Verbesserung der Transparenz und Kontrolle persönlicher Daten in digitalen Medien

Drucksache JuP-14/6

Die Seiten 1 und 2 (Beschlussempfehlung) enthalten das Arbeitsergebnis des Ausschusses für Recht und Verbraucherschutz.

Sofern Änderungen am Text des Antrages empfohlen werden, sind diese auf der Seite 2 so einzutragen, dass eine Zuordnung zum ursprünglichen Textentwurf eindeutig ist.

In der rechten Spalte ist je nach Zusammenhang zu vermerken:

- unverändert
- entfällt
- wird wie folgt geändert:
- neu eingefügt:

Die Seiten 3 und 4 enthalten die Berichte der mitberatenden Ausschüsse.

Seite 3 wird ausgefüllt vom Ausschuss Digitale Agenda, Seite 4 vom Innenausschuss.

Der Bericht soll in prägnanter Form zum Ausdruck bringen, was der Ausschuss dem federführenden Ausschuss mitzuteilen hat. Er kann enthalten:

- allgemein gehaltene Hinweise auf wichtige Aspekte, die bei der Abfassung der Beschlussempfehlung Berücksichtigung finden müssen
- Hintergrundinformationen und kurze Erläuterungen von Zusammenhängen, die dem federführenden Ausschuss so möglicherweise nicht bekannt sind.

**Beschlussempfehlung
des Ausschusses für Recht und Verbraucherschutz**

**zum Entwurf der Bundesregierung
- Drucksache JuP-14/2 -**

**Gesetz zur Verbesserung der Transparenz und Kontrolle persönlicher
Daten in digitalen Medien**

Beschlussempfehlung

Das Parlament wolle beschließen,

den Gesetzentwurf auf Drucksache JuP-14/2 in der aus der nachstehenden Zusammenstellung ersichtlichen Fassung anzunehmen.

Berlin, den 25. Mai 2014

Der Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz

Vorname, Name

Vorsitzende / Vorsitzender

Mobilnummer:

Vorname, Name

Stellv. Vorsitzende / Vorsitzender

Mobilnummer:

Zusammenstellung**„Gesetz zur Verbesserung der Transparenz und Kontrolle persönlicher Daten in digitalen Medien“**

– Drucksache JuP-14/2 –

mit den Beschlüssen des Ausschusses für Recht und Verbraucherschutz

Entwurf

Beschlüsse des Ausschusses für
Recht und Verbraucherschutz

—
**Gesetz zur Verbesserung der Transparenz und
Kontrolle persönlicher Daten in digitalen Medien**

—
**Gesetz zur Verbesserung der Transparenz und
Kontrolle persönlicher Daten in digitalen Medien**

§ 1 Einspruchsrecht

Die Speicherung und Verwendung persönlicher Daten ist grundsätzlich nur zulässig, wenn die betroffene Person hiervon in Kenntnis gesetzt wurde und nicht ausdrücklich widersprochen hat.

§ 2 Auskunftsrecht

Jeder hat das Recht, von Anbietern von Online-Diensten jederzeit Auskunft darüber zu erhalten, ob, zu welchem Zweck und für wie lange auf die eigene Person bezogene Daten gespeichert und an wen sie gegebenenfalls weitergegeben wurden.

§ 2 Recht auf Vergessenwerden und auf Löschung

- (1) Wer personenbezogene Daten speichert, hat grundsätzlich die Pflicht, diese zu löschen oder deren Verbreitung einzustellen, sofern eine betroffene Person dies verlangt.
- (2) Anbieter und Nutzer, die Daten weitergegeben haben, müssen dafür Sorge tragen, dass weitere Datennutzer dem Wunsch der betreffenden Person ebenfalls Folge leisten.

§ 4 Bußgelder

Bei Verstößen nicht-staatlicher Einrichtungen gegen dieses Gesetz können Bußgelder von bis zu 5 % des letzten Jahresumsatzes verhängt werden.

§ 5 Gewährleistung staatlicher Handlungsfähigkeit

- (1) Einsprüche sind nicht möglich, wenn eine gesetzliche Grundlage besteht, nach der staatliche Stellen im Zuge Ihrer Aufgabenerfüllung Daten erfassen oder ermitteln dürfen.
- (2) Auskünfte sind nicht möglich, wenn Daten
 - a) im Rahmen laufender Ermittlungen nicht preisgegeben werden können, ohne den Ermittlungserfolg zu gefährden,
 - b) von Geheimdiensten den einschlägigen Gesetzen entsprechend vermittelt wurden.
- (3) Eine Löschung hat zu unterbleiben, wenn Daten
 - a) in Obhut der öffentlichen Verwaltung für deren Arbeit unerlässlich sind,
 - b) bei Dritten im staatlichen Interesse vorsorglich erhalten bleiben müssen,
 - c) zu Beweis Zwecken in gerichtlichen Verfahren erforderlich sind.

Stellungnahme des Ausschusses Digitale Agenda an den Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz

Der Ausschuss Digitale Agenda hat den auf Drucksache JuP-14/2 vorliegenden Entwurf eines Gesetzes zur Verbesserung der Transparenz und Kontrolle persönlicher Daten in digitalen Medien beraten und ist zum folgenden Ergebnis gekommen:

Berlin, den 25. Mai 2014

Der Ausschuss Digitale Agenda

Vorname, Name

Vorsitzende / Vorsitzender

Mobilnummer:

Vorname, Name

Stellv. Vorsitzender / Vorsitzender

Mobilnummer:

Stellungnahme des Innenausschusses an den Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz

Der Innenausschuss hat den auf Drucksache JuP-14/2 vorliegenden Entwurf eines Gesetzes zur Verbesserung der Transparenz und Kontrolle persönlicher Daten in digitalen Medien beraten und ist zum folgenden Ergebnis gekommen:

Berlin, den 25. Mai 2014

Der Innenausschuss

Vorname Name

Vorsitzende / Vorsitzender

Mobilnummer:

Vorname Name

Stellv. Vorsitzende / Vorsitzender

Mobilnummer:
